

Sustainable Finance funktioniert nicht ohne grüne Wirtschaft

Von Grégoire Bordier, Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken



Die Vorwürfe des Greenwashing haben in jüngster Zeit zugenommen. Nachdem Klimaaktivisten die beiden grössten Banken und sogar die Schweizerische Nationalbank ins Visier nahmen, begaben sie sich als Testkäufer auf die Suche nach grünen Finanzprodukten – und wurden enttäuscht. Das lasse sich erklären, schreibt Grégoire Bordier in seinem Beitrag auf finews.first.

Es gibt immer noch keine einheitliche Definition, was genau ein grünes Finanzprodukt ist. Die von Swiss Sustainable Finance bis Ende 2020 ermittelten 1'520 Milliarden FRanken an nachhaltigen Vermögenswerten beruhen auf mehreren Ansätzen, die miteinander kombiniert werden können.

Innerhalb dieser sind die Integration von Nachhaltigkeitskriterien bei der Auswahl von Wertpapieren, der Dialog mit Unternehmen und der Ausschluss bestimmter Wirtschaftszweige nach wie vor am weitesten verbreitet. Es ist daher möglich, dass Wertpapiere von Unternehmen einbezogen werden, die manche als «umweltschädlich» bezeichnen würden, die aber weniger umweltschädlich sind als ihre Konkurrenten oder die sich verpflichtet haben, ihre Aktivitäten weniger umweltschädlich zu gestalten.

Die Klimaaktivisten suchten wahrscheinlich auch nach Unternehmen, die einen positiven Einfluss auf die Gesellschaft oder die Umwelt haben; dieser Ansatz wuchs 2020 am schnellsten (+70 Prozent), macht aber immer noch nur 6 Prozent der Vermögenswerte aus, da der positive Einfluss von den Unternehmen selbst kommen muss.

Der Bundesrat will deshalb grosse Schweizer Unternehmen verpflichten, einen Bericht zu veröffentlichen, der die Auswirkungen ihrer Tätigkeit auf das Klima oder die Umwelt in vergleichbarer Weise aufzeigt. Schliesslich geht Nachhaltigkeit jeden etwas an.

Eine aktuelle Studie der Schweizerischen Bankiervereinigung und der Boston Consulting Group zeigt, wo wir in der Schweiz investieren müssen, um unsere Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Dies betrifft vor allem die Renovierung von Gebäuden und die Erneuerung von Fahrzeugen. Die Banken können diese Ausgaben finanzieren, aber diese müssen von jedem Einzelnen und jedem Unternehmen selbst angestossen werden.

Die Veröffentlichung von Klimarisiken in der Realwirtschaft ist eine Voraussetzung dafür, dass Banken und ihre Kunden diese Risiken angemessen berücksichtigen können. Und da bekannt ist, dass der Ersatz fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien viele kreditfinanzierte Ausgaben erfordert, sollte das Parlament rasch die Reform der Verrechnungssteuer verabschieden, damit diese Anleihen in der Schweiz ausgegeben werden können und für internationale Investoren attraktiv bleiben.

Grégoire Bordier ist Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken. Er ist zugleich ein Vertreter der fünften Generation der 1844 gegründeten Genfer Privatbank Bordier & Cie und dabei einer von insgesamt drei vollumfänglich haftenden Teilhabern. Bevor er 1997 zum familieneigenen Finanzinstitut stiess, arbeitete er als Investmentbanker im Bereich Mergers & Acquisitions (M&A) bei der Credit Suisse First Boston (CSFB) in New York und London. Seine Berufskarriere startete er 1988 an der Wall Street bei Donaldson, Lufkin & Jenrette (DLJ), einem traditionsreichen US-Institut, das im Jahr 2000 von der CS übernommen wurde. Er studierte Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt «Finance» an der Universität Genf und absolvierte ein MBA an der Amos Tuck School of Business Administration in den USA.